



**Interpellation von Martin B. Lehmann  
betreffend Situation bei der Zuger Polizei  
vom 18. Dezember 2009**

Kantonsrat Martin B. Lehmann, Unterägeri, hat am 18. Dezember 2009, folgende Interpellation eingereicht:

Die Zeiten haben sich geändert. Polizist ist leider für viele kein Traumberuf mehr. Die Polizeiarbeit wird mittlerweile zu den am meist belastenden Berufen gezählt. Der Alltag ist für Polizisten unberechenbarer und gewalttätiger geworden. Die Auswirkungen von Arbeitsbelastungen sind vielfältig und können mitunter ernsthafte Folgen für die physische und psychische Gesundheit der Polizeibeamten haben. Dazu kommen Unzufriedenheit, Zynismus, emotionale Abstumpfung bei der Arbeit und vor allem auch Probleme in sozialen Beziehungen. Andauernde Belastungen von Polizisten können aber auch Folgen für die Polizeiorganisation und die Qualität der Polizeiarbeit haben. Ausdruck davon sind häufiges Fehlen am Arbeitsplatz, exzessive Aggressivität oder die Zunahme von Klagen aus der Bevölkerung. Zwischen Arbeitsbelastungen und polizeilichen Gewalterfahrungen kann also eine wechselseitige Beziehung angenommen werden.

Diese Entwicklung macht leider auch vor unserem Kanton nicht Halt. Vor diesem Hintergrund gelange ich daher mit folgenden Fragen an die Regierung:

1. Die Überstunden-Statistik der Zuger Polizei zeigt eine deutliche Tendenz auf: von 7'300 im Jahre 2006 sind die Überstunden über einen Drittel auf 10'000 Stunden in diesem Jahr angestiegen - bei zunehmender Anzahl ausbezahlter Überstunden. Angesichts der immer zahlreicheren Polizeiinterventionen und der Tatsache, dass der Kantonsrat die für das allgemeine Wachstum und die gestiegenen Qualitätsanforderungen nachgewiesenen zusätzlichen zehn Personalstellen nicht bewilligen wollte, ist kaum davon auszugehen, dass dieser Negativ-Trend in den kommenden Jahren nachhaltig gebrochen wird.

Welche strategischen Planungen in Bezug auf zusätzliche Polizeistellen verfolgt die Regierung in den kommenden fünf Jahren, um den ausgewiesenen Nachholbedarf aus den Jahren 2002 bis 2008, die omnipräsenten Forderungen nach mehr Polizei-Präsenz (Community Policing), den zusätzlichen Einsatzgebieten, stärker ins Gewicht fallende Sondereinsätzen (u.a. Konkordatseinsätze, Sportanlässe, v.a. Eishockeyspiele) und neue gesetzliche Aufgaben (z.B. Revision GOG) zu begegnen?

2. Die Luzerner Polizei beobachtet bei Bewerbungen rückläufige Zahlen, der Kanton Zürich kann die Aspiranten-Zahlen nur dank verstärkter Werbung halten. Stellt die Zuger Polizei ebenfalls Probleme bei der Rekrutierung von Aspiranten fest? Wurden bei den Rekrutierungskriterien Anpassungen vorgenommen?
3. Die Tatsache, dass alleine dieses Jahr fünf Polizisten mit zum Teil lebensbedrohlichen gesundheitlichen Problemen hospitalisiert werden mussten, hat höchstwahrscheinlich einen kausalen Zusammenhang mit der dauerhaften Überlastung der Polizeibeamten. Welche polizeispezifischen Angebote im Bereich gesundheitliche Prävention, Stressbewältigung, Wiedereingliederung etc. werden zurzeit angeboten? Plant die Regierung weitergehende Massnahmen?

4. Die Anzahl zur Anzeige gebrachten Delikte Gewalt und Drohung gegen Beamte (StGB Art. 285) hat sich in unserem Kanton seit dem Jahre 2006 mehr als verdoppelt. Gewalt gegen die Polizei ist immer auch ein Gewaltakt gegen den Staat. Mit welchen Mitteln denkt die Regierung gegen diese Entwicklung vorzugehen? Ist die Regierung allenfalls auch bereit, das Polizeistrafgesetz zu verschärfen (z.B. durch die Ahndung von niederschwelliger Gewalt)?
  
5. Im Wissen darum, dass es ein konzertiertes Bündel an Massnahmen erfordert, um den verschiedenen geschilderten Missständen beizukommen, aber auch dass der Beruf des Polizisten immer ein gewisses Risiko mit sich bringt: Welche weiteren flankierenden (taktischen und strategischen) Massnahmen sind noch geplant?